382 10/2002

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Alle sollten wissen was der Flughafen plant

Viele Leute kennen das Thema von Presseberichten. Nicht alle kennen die Dimension der neuen Fraportpläne. Neben der neuen Bahn die man bauen will, gibt es Pläne für den Süden des Flughafens die unsere Stadt unmittelbar betreffen. Der Flughafenausbau bekommt eine neue Qualität und der Flughafen rückt ganz nahe an unsere Stadt.

Nicht nur eine riesige neue Werft soll in den Bannwald gebaut werden, man plant auch ein neues Terminal, das größer werden soll als die beiden jetzt vorhandenen zusammen. Darüberhinaus soll bald ein neues Flugzeug mit 800 Sitzplätzen eingesetzt werden, bei dem man sich wirklich fragt: „Sollte ein solcher Riesenvogel wirklich künftig im Rhein-Main-Ballungsgebiet starten und landen?“ Die Stadtverordnetenfraktion der DKP / Offene Liste hat dazu einen Resolutionsantrag ins örtliche Parlament eingebracht, in dem es heißt:

„Die Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf lehnt jede weitere Ausweitung des Flugverkehrs auf dem Flughafen Rhein-Main ab. Die Obergrenze ist erreicht. Die Pläne, eine Verdoppelung des Flugverkehrs und des Passagier- und Frachtaufkommens mit neuem Fluggerät (Airbus A380) möglich zu machen, sind für uns nicht akzeptabel.

Entsprechend unserer geltenden Beschlußlage darf es keine Ausweitung des Flughafens über seine Grenzen hinaus geben. Wer plant, 20 Hektar Bannwald außerhalb der Flughafengrenzen für die 350 Meter lange, 140 Meter breite und 34 Meter hohe Airbus A 380-Werft zu bauen, handelt verantwortungslos.

Auch wenn diese Wartungshalle an anderer Stelle auf dem Flughafen geplant würde lehnen wir sie ab, weil damit weitere Belastungen unserer Bürgerinnen und Bürger vorprogrammiert sind.

Der neue Airbus, die größte Passagiermaschine der Welt, kann bis zu 800 Fluggäste aufnehmen. Für die Bewohner der Rhein-Main-Region bedeutet dies eine erhebliche Zunahme des Zubringerverkehrs.

Der Dauer-Einsatz dieses Flugzeuges im dichtbesiedelten Rhein-Main-Ballungsgebiet ist nicht zu akzeptieren.

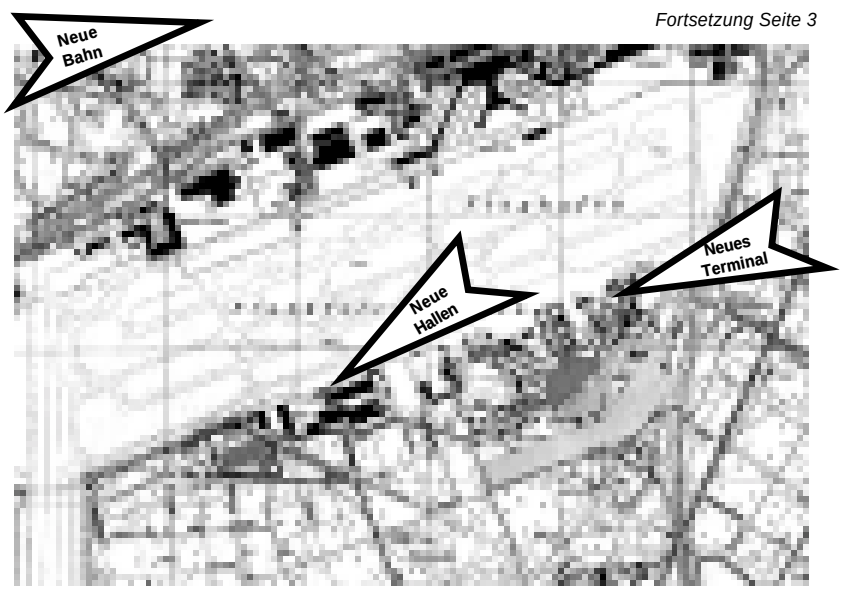
Die von der Fraport AG vorgesehene separate Planung der Vorhaben ist ein weiterer Beweis dafür, daß sie ihre ökonomischen Interessen raffiniert und rücksichtslos verfolgt.

Was man uns heute als Optimierung verkaufen möchte, ist in Wirklichkeit längst die erste Ausbaustufe des geplanten Superflughafens mit weiteren Start- und Landebahnen, ein Flughafenausbau durch die Hintertür.

In der Begründung heißt es:

Es gibt in der Stadtverordnetenversammlung seit Jahren eine Beschlußlage, wonach eine weitere Steigerung der Flugbewegungen, ein weiterer Aus-

Fortsetzung Seite 3



Demonstration gegen die US-Air Base

Vor der US-Air Base gab es eine Kundgebung und Demonstration gegen den drohenden Irak-Krieg. Aufgerufen hatten neben attac Frankfurt, DKP, PDS weitere Organisationen und Einzelpersonen. Auf der Kundgebung sprachen u.a.: M. Brumlik, L. Abendroth und Rudi Hechler, der in seiner Rede u.a. sagte:

„... Die Air-Base ist voll eingebettet in die US-Kriegsvorbereitungen.
In einem Brief an den hessischen Lärmschutzbeauftragten Brunier schreibt der Air-Base-Commander: „Die Rhein-Main Air Base nimmt für die Transportgeschwader der Vereinigten Staaten eine strategische Schlüsselstellung ein“.
...
Oft wird nach der juristischen Seite der Militärpräsenz gefragt.
Nach einem Zusatzabkommen zum Nato-Truppenstatut gibt es die uneingeschränkte Nutzungsrechte bei einem Verteidigungsfall.
Wenn es aber zu einer Verletzung des Völkerrechts durch die USA kommt, muß gesagt werden: „Völkerrechtswidrig handelt nicht nur der Aggressor, sondern auch derjenige Staat, der dem Aggressor hilft, in dem er auf seinem Hoheitsgebiet seine Aktionen duldet.“
Wir fordern von der neugewählten Bundesregierung, dass sie unverzüglich alle Abmachungen und Verträge, die allesamt aus den Zeiten des „Kalten Krieges“ stammen, überprüft und abschafft!
Gestern, stand auf der Titelseite der „Frankfurter Rundschau“: „Fischer will Spürpanzer länger in Kuweit lassen.“
Viele sagen jetzt nicht ganz zu Unrecht: „Das haben wir erwartet - nach der Wahl ist vor dem Krieg“.
Diese Logik müssen wir durchbrechen.
Wer vor der Wahl A sagt „Keine Kriegsbeteiligung“, muß jetzt B sagen.
Und B heißt: „Zurück mit den Spürpanzern von Iraks Grenze“, „Keine US-Militärflüge von deutschem Boden aus!“ und „Keine Überflugrechte für US-Militärmaschinen“. ...
Hier höre ich dann oft im Kreistag und anderwo „ich sei antiamerikanisch“ eingestellt.
Davon abgesehen, dass die USA nicht Amerika sind, liebe Freunde, wer heute gegen US-Kriegsabenteuer ist, ist „pro-amerikanisch“ und nicht „anti-amerikanisch“!.
Wir haben nicht vergessen, dass neben der Roten Armee die Alliierten Deutschland vom Faschismus befreit haben. Am 25. März sprangen drei US-Offiziere in Mörfelden von einem Jeep und fragten: „Wo ist der frühere kommunistische Bürgermeister?“ Wir waren frei.
Weil wir das alles wissen, lassen wir uns nicht verleumden und in die „anti-amerikanische“ Ecke stellen. Bush ist nicht Amerika!
George W. Bush leitete früher eine Ölfirma. George Bush senior ist noch heute im Dienst der US-Energiewirtschaft – das Gleiche gilt für Vizepräsident Cheney, Bushs Sicherheitsberaterin und ebenso für alle wichtigen Minister an Bushs Kabinettstisch. ... Präsident Bush ist ein Mann des Öls und sonst gar nichts.
In wenigen Jahren finden die US-Amerikaner auf eigenem Territorium keinen Tropfen Öl und keinen Kubikmeter Gas mehr. Die USA sind der größte Energieverbraucher der Welt. Der Lebensstandard der politikbestimmenden Oberschicht mit ihren Klimaanlagen, geheizten Pools und benzinschluckenden Großkarossen soll erhalten werden. ...
Wer diese Zusammenhänge nicht sieht, versteht das aktuelle Säbelrasseln Bushs gegenüber dem Irak so wenig wie den Golfkrieg 1991.
Der Irak verfügt über die zweitgrößten Ölreserven der Welt nach Saudi-Arabien.
Sagen wir es immer deutlich: Der angebliche Krieg gegen den Terrorismus

ist in Wahrheit ein Krieg um Öl und Gas.
Wir brauchen keine „uneingeschränkte Solidarität“ sondern „uneingeschränkte Aufklärung und Wahrheit“ über diese Tatsache und keine erneuten devoten Bücklinge. ...
Es sind die US-Pläne die einem Angst machen.
Die Werbe-Profis der US-Regierung bauen ein Droh-Szenario auf, damit zum Schluß auch der friedliebendste Mensch sagen soll: „Ja, man muß den Diktator Saddam Hussein ausschalten.“
Dabei soll vergessen werden, dieser Saddam Hussein ist wie Bin Laden ein Produkt der US-Politik.
Als man sie brauchte hat man sie aufgebaut.
Der Westen hat Geschäfte gemacht und Saddam alles geliefert, damit er Giftgas und andere Massenvernichtungswaffen produzieren konnte.
Es geht nicht um die ehemaligen politischen US-Ziehkinder BinLaden und Saddam Hussein - es geht um die Ressorcen der Welt - und diese Ressourcenkriege des 21. Jahrhunderts können im Atomzeitalter zum größten Gemetzel der Menschheitsgeschichte ausarten. ...“

GEMEINSAM GEGEN DEN FLUGHAFENAUSBAU

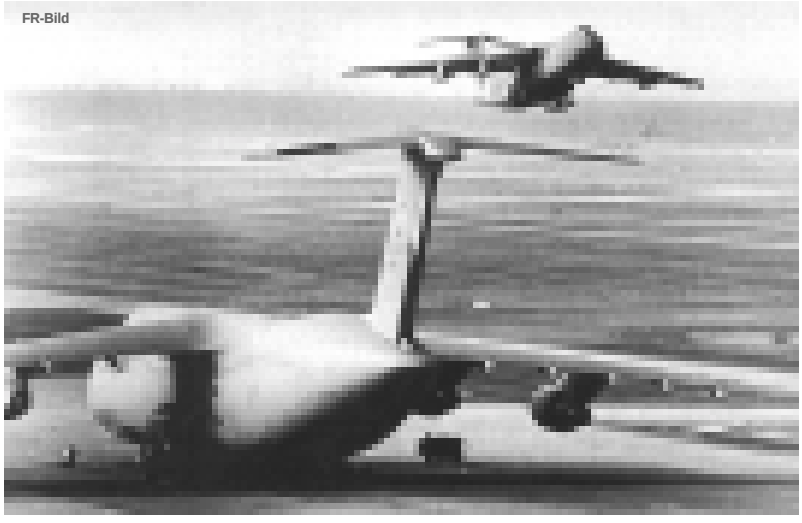
Fortsetzung von Seite 1

bau am Frankfurter Flughafen abzulehnen ist.
Die aktuellen Pläne, die mit dem Einsatz des Airbus A380 zusammenhängen, veranlassen uns, erneut die Haltung der Stadtverordnetenversammlung zu bekräftigen.
Erneute Waldverluste im Bannwald, die Verlegung der Okrifteler Straße, der steigende Zubringerverkehr auf der Straße und in der Luft sollten alle Parteien und gesellschaftliche Gruppen wachsam machen.
Wir begrüßen die ablehnende Haltung der Ausbaugegner, des BUND, der „Aktion Zukunft Rhein-Main“, der Bürgerinitiativen und anderer Vereinigungen.
Der BUND weist darauf hin, dass die jetzige Südbahn und die Startbahn West bis zum Einsatz der neuen Flugzeuge im Jahre 2007 von 45 auf 60 Meter verbreitert werden müssen. Hierdurch und durch die dann notwendigen befestigten Schultern bei drei Bahnen entstehen neue Waldverluste.
Die Wartungshalle am vorgesehenen Standort ist für Mörfelden-Walldorf außerordentlich belastend. Es ist nicht nur die Abholzung von 20 ha Bannwald, es ist die weitere Blockierung der Frischluftzufuhr, die weitere Flächenversiegelung, der Rückgang der Sauerstoffproduktion, die Vernichtung von natürlichem Lärmschutz.
Erneut werden, besonders für die arbeitende Bevölkerung außerordentlich wichtige weitere Teile der regionalen Naherholungsgebiete zerstört.
Es wird am Boden und in der Luft mehr Verkehr entstehen.
Die „Aktion Zukunft Rhein-Main“ weist mit Recht darauf hin:
„Ein Flugzeug wie den A380, der bis zu 800 Passagiere aufnehmen kann, gilt es zu füllen. Dafür bedarf es entsprechender Zubringerflüge. Steht die Wartungshalle für den A380 erst einmal, dann liefert sie den Flughafenbetreibern wie von selbst Argumente für den Ausbau des Airports.“
Das neue Flugzeug mit einer Spannweite von 79 Meter, eine Länge von 77,40 Meter und eine Höhe von 24,30 Meter ist dann das größte Flugzeug der Welt. Der Riesenjet besitzt aufgrund seiner Ausmaße aber auch eine völlig andere Flugcharakteristik als alle bislang eingesetzten Flugzeuge. Das bedeutet andere Flugrouten, andere Überflughöhen, andere Lärmwerte. Gesicherte Daten über die Lautstärke des Airbus 380 liegen noch nicht vor, das Flugzeug wird zwar in die gleiche Lärmklasse wie ein Jumbo (Boing 747) eingestuft, dieser wiegt allerdings 397 Tonnen, während der A380 ein Gewicht von 560 Tonnen haben wird. Mittlerweile hat die Fraport selbst eingeräumt, dass sich die Lärmkurven durch den A 380 nicht ändern werden. Weitere Lärmschutzmaßnahmen sind nicht geplant. Man kann schon jetzt davon ausgehen: Es wird in den Städten und Gemeinden rings um den Flughafen nicht leiser werden.
Dazu kommt: Eine Halle für Triebwerksprobeläufe des A380 ist nicht vorgesehen. Triebwerksprobeläufe sollen auch in der Nacht durchgeführt werden. Die Aussage der Fraport, die Halle habe eine den Lärm abschirmende Wirkung, sind reine Propagandabehauptungen.
Vor dem Bau der Cargo City Süd hieß es, der Bodenlärm würde geringer. Doch der Bodenlärm in Walldorf hat seit dem zugenommen.

Die Bürgerinitiativen erklären, dass jede Kapazitätsausweitung des Frankfurter Flughafens abzulehnen ist, da die Grenzen der Belastung in der Rhein-Main-Region längst überschritten seien. „Eine Konsensfähigkeit die einer Einwilligung gleichkommt zum Bau einer Wartungshalle ist mit der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung nicht herzustellen. Diese Haltung gilt auch für Baumaßnahmen innerhalb des Geländes.“
Dieser Aussage stimmen wir ausdrücklich zu.
Wir sind keine „Maschinenstürmer“, wenn wir wie viele andere Gruppierungen entschieden gegen die neuen Ausbaupläne zu Felde ziehen.
Wir müssen erkennen: Der Flughafenausbau bekommt jetzt eine neue Qualität. Der neue Generalausbauplan sieht eine neues Terminal im Süden des Flughafens mit über 50 Andockplätzen und zahlreichen Abstellplätzen vor. Das Terminal 3 hat damit mehr Flugzeugpositionen als Terminal 1 und 2 zusammen. (S. beigelegter Plan). Die geplante Wartungshalle für den Airbus A380 ist als integrierter Bestandteil der gesamten Südbebauung zu sehen.
Man kann zwar versuchen, mit juristischen Mitteln das eine oder andere zu blockieren oder Planungen im Sinne der Bevölkerung des Umlandes zu verändern - entscheidend aber ist, den Planern ein möglichst einheitliches Nein entgegenzusetzen.

Fluglärmbeschwerden kann man auch hierher schicken:
Luftfahrt-Bundesamt
Verwaltungsstelle Flugsicherung
Kaiserleistrasse 43
63067 Offenbach
Tel. 06103-707-3963,
Telefax 06103-707-3919

Grafik: Zukunft Rhein-Main



Die US-Air Base Frankfurt spielt bei den Vorbereitungen zu einem Irak-Krieg ein große Rolle. Damit werden wir direkt oder indirekt an diesem Krieg beteiligt.

Hintergründe

Der Irak verfügt über die zweitgrößten Ölreserven der Welt nach Saudi-Arabien. Die US-Energiewirtschaft zielt aber langfristig auf die Gas- und Ölreserven in Zentralasien – in Kirgisien, Kasachstan, Usbekistan und Aserbaidschan. Hier haben sich die USA im Verlauf ihres Afghanistan-Krieges bereits militärisch festgekrallt – so wie nach dem Golfkrieg in Saudi-Arabien. Afghanistan und Pakistan werden gebraucht für Pipelines zum Indischen Ozean. Diese werden – so hat es Washington mit Afghanistans Präsident Karsai bereits vereinbart – ab 2004 gebaut. Auch Präsident Karsai war übrigens vor drei Jahren noch im Dienst und Sold der US-Energiewirtschaft. Der angebliche Krieg gegen den Terrorismus ist in Wahrheit ein Krieg um Öl und Gas. Präsident Bush meinte schon im Frühjahr 2002: »Auf Bin Laden kommt es eigentlich gar nicht an.« Da hat er wohl die Wahrheit gesagt. Aber worauf kommt es sonst an, wenn nicht auf die letzten großen, noch nicht erschlossenen Öl- und Gasreserven? Beim Weltenergierat ist zu erfahren, wie begrenzt die alten Energieträger sind: das Erdöl reicht noch 40 Jahre, das Erdgas noch 46 Jahre, Uran zum Betreiben von AKWs noch 60 Jahre und Kohle noch etwa 100 bis 120 Jahre.
Und dann? Wir verbrennen heute an einem Tag so viel fossile Energien wie die Natur in 500.000 Tagen geschaffen hat. Wir benehmen uns wie Pyromanen. Folgen sind ein Weltkrieg gegen die Natur durch den Treibhauseffekt und nun schließlich auch noch Kriege um Gas und Öl. Das ist eine gefährliche Mischung. An den zentralasiatischen Ressourcen sind natürlich auch Russland und China, Indien und Pakistan interessiert. Sie alle besitzen Atombomben und werden kaum tatenlos zusehen, wie sich die Nato-Staaten den letzten Tropfen Öl und den letzten Kubikmeter Gas unter dem Vorwand der Terrorismus-Bekämpfung militärisch sichern.

Stimmungswandel

Bei der US-Bevölkerungschwindet die Unterstützung für einen Krieg gegen Irak. In einer aktuellen Gallup-Umfrage sprachen sich nur noch 53% der Befragten für eine Invasion mit Bodentruppen aus. Im vergangenen November waren dies noch 74 Prozent, im Juni 61 Prozent.
Mehrere Zeitungen berichteten unterdessen von massiven Vorbereitungen der USA und Großbritanniens für einen Angriff auf Irak. Der türkischen Zeitung Sabah zufolge baten die USA in Ankara um Erlaubnis zur Stationierung von Bodentruppen in der Türkei. Der US-Aufmarsch soll demnach bis zum Ablauf des islamischen Fastenmonats Ramadan abgeschlossen sein. Dieser endet am 5. Dezember. Die britische Zeitung The Independent mutmaßte, eine Luftoffensive könnte bereits Ende November beginnen, gefolgt von einer Bodenoffensive Anfang des kommenden Jahres.

Nicht in unserem Namen

In den USA wächst die Friedensbewegung. Es gibt riesige Demonstrationen. Künstler, Wissenschaftler und andere Prominente verbreiten einen Aufruf in dem es u.a. heißt:

Lassen wir es nicht so weit kommen, daß man sagt, die Menschen in den Vereinigten Staaten wären untätig geblieben, als ihre Regierung einen uneingeschränkten Krieg verkündete und strikte Maßnahmen der Repression einführte. Die Unterzeichner dieser Erklärung fordern das Volk der Vereinigten Staaten auf, sich der Politik bzw. der generellen politischen Richtung seit dem 11. September 2001 zu widersetzen, da dies alles eine ernste Gefahr für die Menschen in der Welt bedeutet.
Wir müssen uns der Ungerechtigkeit widersetzen, die in unserem Namen begangen wird. In diesem Sinne appellieren wir an alle Amerikaner, dem Krieg und der Unterdrückung WIDERSTAND ZU LEISTEN, die die Bush-Regierung über die Welt gebracht hat / noch bringt. Das alles ist ungerecht, unmoralisch und illegitim. Wir haben uns entschlossen, uns an die Seite der Menschen in aller Welt zu stellen.
Auch wir haben natürlich mit Schrekken die furchtbaren Ereignisse des 11. Septembers 2001 mitverfolgt. Auch wir haben die tausende Unschuldiger betrauert, die getötet wurden und konnten nur den Kopf schütteln angesichts der Horror-Bilder schier unglaublicher Vernichtung - selbst wenn wir dabei unwilkürlich an ähnliche Bilder aus Bagdad, Panama City - oder eine Generation früher Vietnam - denken mußten. Und wie Millionen anderer Amerikaner haben auch wir voller Schmerz gefragt: Wie konnte soetwas nur geschehen?
Wir müssen die höchsten Militärs unseres Landes ernstnehmen, wenn sie von einem Krieg sprechen, der eine ganze Generation währen wird - und wenn sie von einer neuen Innenpolitik reden. Nach außen verfolgen wir inzwischen ja eine offen imperialistische Politik, nach innen eine Politik, die darauf angelegt ist, Angst zu produzieren und diese Angst der Menschen zu benutzen, um die Rechte einzuschränken. Die Ereignisse der letzten Monate beschreiben eine tödliche Kurve - wir müssen das endlich begreifen und entsprechend Widerstand leisten.

zu erreichen, dass umliegende Geschäfte an besagte Personen keinen Alkohol mehr verkaufen. Nun hat eine „Firma“ aus Walldorf, die sich Security nennt, Hilfe angeboten. Private Wachleute sollten Streife laufen und im Bedarfsfalle einschreiten. Diese „Saubermänner“ verweisen auf andere Städte, die sich schon private Dienste leisten, auf den Wohnpark Walldorf, wo Ordnung einkehrte, nachdem Security observierte. Inzwischen hat der Wohnpark auf die Dienste des Herrn Fellner (Privatdetektiv) verzichtet. Bekannt geworden ist auch, dass er bei der Gründung einer Schill-Parteigruppe initiativ war. R.D.

Spenden für Hochwasseropfer gut angekommen

Seit Jahren gibt es freundschaftliche Beziehungen der DKP Mörfelden-Walldorf mit der PDS in Heidenau bei Dresden. Besuchergruppen reisten schon hin und her, wir waren begeistert von der Herzlichkeit der Gastgeber und vom wunderschönen Elbsandsteingebirge.
Als im Fernsehen die schlimmen Bilder aus Heidenau zu sehen waren (Foto) sammelten wir spontan, bei einer Wahlveranstaltung der PDS und bei anderen Gelegenheiten. DKP und PDS überwiesen dann, wie viele andere in unserer Stadt, Spenden an die Hochwasseropfer an der Elbe.

Mittlerweile kamen Briefe aus Heidenau die zeigten, die Spenden für Hochwasseropfer sind gut angekommen.

Die PDS-Stadtorganisation Heidenau schreibt:
„Wir sind sehr berührt von der Spende, die Ihr uns als Hilfe für die Betroffenen der Hochwasserflut überwiesen habt. Sicher habt Ihr selbst genug Probleme und Geld ist wohl auch bei Euern Genossen nicht im Überfluss da. Wir bedanken uns bei Euch sehr herzlich für diese Solidarität.

Ein Betroffener schreibt: *„Ich möchte mich bei Euch sehr herzlich für die Spende, die ich erhalten habe, bedanken. Es ist auch für mich und meine Frau eine ungewöhnliche Situation. Bisher haben wir immer anderen Menschen auf den verschiedensten Kontinenten unsere Hilfe gegeben. Plötzlich ist man selbst ein Spendenempfänger. Mit so einer Situation muss man erst einmal zurecht kommen.“*
Ein weiterer: *„Vielen herzlichen Dank für Eure großzügige Spende die ich erhalten habe. Der durch das Hochwasser entstandene Schaden war sehr hoch bei uns. Keller, Garage, Kleingarten usw. alles war unter Wasser, verbunden mit viel Dreck und Schlamm von der Müglitz und der Elbe. Auch wir waren 7 Tage evakuiert.*
Wir sind deshalb Euch liebe Genossen sehr dankbar. Eure Spende hat auch für uns einen hohen moralischen Wert. In der Not nicht allein zu sein, das hilft!“

Security?

Der Tizianplatz in Mörfelden, der Platz hinter der ev. Kirche in Walldorf . . . sind Treffpunkte, Aufenthaltsorte von Menschen, die Probleme haben. Probleme mit Alkohol, Drogen, Arbeitslosigkeit etc. Diese „Ausgestoßenen“, Abgesonderten aus unserer Gesellschaft, fallen auf, erzeugen bei manchen ein Gefühl von Abscheu. Man findet sie oftmals lästig und sie sind manchmal belästigend – was oft vom Alkoholspiegel abhängig ist.
Der Bürgermeister versuchte es, indem er die Bänke am Tizianplatz entfernen ließ. Da beschwerten sich aber Bürger, die dort keine Sitzgelegenheit mehr hatten. Das Problem wurde auch nicht gelöst, sondern nur verlagert. Ein Platzverbot – das ein Liberaler vorschlug – kann das Problem ebenfalls nicht lösen. Hilflos ist auch der Versuch

Kinder- und Jugendforum gegründet: „Kinder an die Macht“

Nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung war es am 27.9.02 endlich soweit: Im Bürgerhaus wurde das erste Kinder- und Jugendforum für Mörfelden-Walldorf gegründet.
Die anwesenden 150 Kinder und Jugendlichen verbreiteten von Beginn an eine gute Stimmung. Ziemlich schnell wurden 16 Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit Themen wie Errichtung einer Kletterwand, billigeren Bahn- und Buspreisen oder Veranstaltung von verschiedenen Parties beschäftigen werden. Für den Jugendrat, der gewissermaßen den Vorstand des KJF darstellt, kandidierten 13 Jugendliche, von denen dann 5 Mädchen und 4 Jungs im Alter zwischen 15 und 18 Jahren gewählt wurden. Der Jugendrat besitzt ein Rederecht in den jeweiligen Ausschüssen sowie in der Stadtverordnetenversammlung. Man kann also gespannt sein, was sich die örtlichen Parlamentarier im eigenen Haus demnächst von den Jugendlichen werden sagen lassen müssen. Allerdings bleibt zu hoffen, daß sich die Jugendlichen nicht so leicht von Bürokratie und Ämtern abschrecken lassen und nicht aufgeben, wenn sich manche Vorstellungen nicht oder nicht gleich realisieren lassen. Zur Verwirklichung ihrer Vorstellungen haben die Jugendlichen ein Jahresbudget von 5.000 Euro, außerdem steht ihnen ein eigenes Büro im Mörfelder Jugendzentrum zur Verfügung. ak

Die linke Kraft außerparlamentarisch sichtbar machen

Die Bundestagswahl ist vorbei. Die PDS ist an der 5%-Hürde gescheitert und konnte nur zwei Direktmandate in Berlin gewinnen. Die Wählerinnen und Wähler haben sich erneut mehrheitlich dafür entschieden, ihre Hoffnungen auf SPD und Grüne zu setzen. Ich bin gespannt, wie schnell viele Hoffnungen und Erwartungen dieses mal verfliegen. Es gibt im Moment keine Bundestagsfraktion mehr, die über den Tellerrand des kapitalistischen Wirtschaftssystems hinaus schaut.
Für die Linke in unserem Land und viele außerparlamentarische Bewegungen ist dieses Ergebnis der Bundestagswahl sicher kein Gewinn, auch wenn mancher das noch nicht wahr haben will. In vielen sozialen Fragen und vor allem in der Frage der Ablehnung jeglicher Beteiligung deutscher Soldaten an internationalen Kriegseinsätzen fehlt jetzt nicht nur eine Opposition im Parlament, sondern auch die dadurch mögliche Präsenz in vielen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Es gilt jetzt, sich möglichst schnell auf diese neue Realität einzustellen und die linke Kraft außerparlamentarisch sichtbar zu machen. Vor allem im wichtigen Kampf für den Frieden.

Im Kreis Groß-Gerau wollen DKP und PDS ihre Zusammenarbeit zur Stärkung der Linken fortsetzen. Die Arbeit der Stadtverordnetenfraktion der DKP/Offene Liste in Mörfelden-Walldorf und der PDS/Offene Liste im Kreistag sind für uns wichtige Ansätze, gemeinsam mit Parteilosen im Parlament und außerparlamentarisch für linke Positionen zu streiten. Hier müssen wir noch größere Anstrengungen unternehmen, stärker öffentlich wahrgenommen zu werden.
Ich danke allen, die im Wahlkreis Groß-Gerau den Wahlkampf für die PDS unterstützt und ihre Stimme dem Kandidaten und der Liste der PDS gegeben haben. Unser Wahlergebnis ist unter den gegebenen Umständen durchaus ermutigend. Mehr Stimmen für den Wahlkreiskandidaten der PDS als vor vier Jahren bei leichten Verlusten bei den Zweitstimmen für die PDS lassen den Schluß zu: Da ist mehr drin wenn wir weiter dran arbeiten! Das wollen wir gemeinsam tun.

Gerd Schulmeyer
Fraktionssprecher der DKP/OL
Wahlkreiskandidat der
PDS im Wahlkreis 185 Groß-Gerau

Nach der Wahl – was nun?

Die Wahl ist vorbei, die Regierung konstituiert sich, die Ziele werden im Koalitionsvertrag festgehalten. Weiter wie bisher, oder Korrektur an bisherigen Fehlern und Versäumnissen?
Aus kommunaler Sicht war die Steuerreform ein Flop! Es wäre auch die Quadratur des Kreises gewesen: Steuern werden gesenkt, damit mehr Steuern eingehen um die notwendigen Investitionen der öffentl. Hand zu finanzieren. Nun ist das Desaster für alle greifbar: Die Wirtschaft lahmt weil Kommunen, Länder und Bund kein Geld zum Investieren haben. Eichels Sparkurs ähnelt den Brüningschen Notverordnungen der zwanziger Jahre.

Vollmundig verspricht man in der Bildung mehr zu investieren, verspricht ein breites Angebot für Ganztagsschulen, Erweiterung des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren. . . Die Schulen werden über die Kreisumlage finanziert, die Kinderkrippen sind Aufgabe der Kommune, die Betreuende Grundschule wird ebenfalls von den Gemeinden getragen. Trotz der Aufnahme des Konnexitätsprinzips in die Hess. Verfassung darf auf Mehreinnahmen von Land und Bund nicht gehofft werden, denn sie haben auch kein Geld. Der Hebel liegt nur in einer Steuerreform, die den Namen auch verdient. Sie soll aus Gerechtigkeits- und Solidaritätsprinzip die Reichen an den sozialen Aufgaben der Gesellschaft angemessen beteiligen. So eine Reform kommt aber nicht von selbst, sondern muss von den Kommunen erkämpft werden.

R. D.

Abschiebezentrale Rhein-Main

Der Rhein-Main-Flughafen ist nicht allein "Tor zur Welt" für die Frachtbewegungen einer prosperierenden Region, Urlauberterminal, "Managereinflugschneise". Er ist gleichermaßen Brükke zu den "global markets" wie Sackgasse oder Endstation für (unerwünschte) Zuwanderer. Am Flughafen herrscht ein gnadenloses Grenzregime; hier werden Menschen sortiert - frei nach Beckstein/Stoiber und Schröder - nach "denen, die uns nützen, und denen, die uns ausnützen." Auf dem Gelände der Fraport befindet sich ein Abschiebeknast für Flüchtlinge; allein vom Rhein-Main-Flughafen werden jährlich ca. 10.000 Menschen, die als "nicht-verwertbar" gelten, durch eine unmenschliche Maschinerie abgeschoben. Extreme Beispiele der alltäglichen Abschiebepraxis auf Rhein-Main bilden mittlerweile drei Todesfälle, darunter zwei Menschen, die vom BGS bei der Abschiebung zu Tode gebracht wurden.
Seit Jahren werden diese Zustände, eine Konsequenz der faktischen Abschaffung des deutschen Asylrechts, von antirassistischen Initiativen und Menschenrechtsgruppen angegriffen. 1.000 TeilnehmerInnen des Grenzcamps "kein mensch ist illegal" bei Kelsterbach nahmen im Sommer 2001 die Lufthansa als "Abschiebefluggesellschaft Nr. 1" und den Flughafen als innere "Grenze", an der "illegale" Migration mit allen Mitteln bekämpft wird, ins Visier. Gegen den "Endpunkt der Entrechtung", gegen Abschiebungen, wurde und wird immer wieder vor Abschiebegefängnissen und am Flughafen demonstriert.

Arbeitskreis Asyl Friedrichsdorf
Arbeitskreis Umwelt AKU Wiesbaden

Wie in den Vorjahren fand auch am 11. September 2002 in Mörfelden am Allende-Platz eine Kranzniederlegung statt, mit der man des ermordeten Präsidenten Dr. Salvador Allende und der Opfer des Putsches gedachte.

Gedenkveranstaltung

Am 11. September 1973 putschte das chilenische Militär unter der Führung von Augusto Pinochet gegen die demokratisch gewählte Regierung des sozialistischen Präsidenten Dr. Salvador Allende, der im Präsidentenpalast ermordet wurde. Tausende von Menschen wurden während der Militärdiktatur ermordet, verhaftet oder brutal gefoltert, etwa 1200Menschen bleiben bis heute spurlos verschwunden.

Vorbereitet worden war der Putsch von langer Hand durch die Regierung der Vereinigten Staaten – was die heute von der CIA freigegebenen Dokumente bis ins Detail belegen. Die „Verbrechen“ der sozialistischen Regierung hatten darin bestanden, Bildung und Gesundheit für alle Menschen gleichermaßen zugänglich zu machen, eine Agrarreform durchzuführen und - was ihr endgültig zum Verhängnis wurde – die Rohstoffe Chiles (damals zu etwa 95 % in der Hand des ausländischen Großkapitals, allen voran den USA) zur Verbesserung der Lebensumstände des eigenen Volkes und Förderung des Wohlstandes im eigenen Land einsetzen zu wollen.

17 Jahre dauerte die Schreckensherrschaft . Pinochet ist bis heute auf freiem Fuß.

Die Angehörigen der Vermißten fordern Informationen über den Verbleib ihrer verschwundenen Töchter, Söhne oder Geschwister und eineVerurteilung der Schuldigen.Von den etwa 30.000 Chileninnen und Chilenen, die damals ins Exil gingen, leben viele noch heute mit und unter uns.

Eine andere Welt ist möglich!

„Am 14. September 2002 demonstrierten in Köln rund 40 000 Menschen für Frieden und gerechtere soziale Verhältnisse. Die Gewerkschaftsjugend und attac hatten eingeladen.
Tausende junge Gewerkschafter der IG Metall, ver.di, IG BAU, Transnet und NGG hielten für Stunden die Metropole am Rhein besetzt, machten vor allem auf die Ausbildungs- und Bildungsmisere aufmerksam und warben für einen Politikwechsel. Für Bundestagsparteien und Regierenden in Bund und Ländern gab es viel Kritik, Hohn und Spott, aber auch an sie gerichtete Forderungen. Tausende Menschen waren auch bei den Auftaktkundgebungen der Friedensbewegung und der Erwerbsloseninitiativen. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer vereinigten sich am Nachmittag zu einer großen Demonstration zu den Jahnwiesen am Müngersdorfer Stadion, wo bis in die späten Abendstunden ein großes Festival der Jugend stattfand.

Aktionen gegen Irak-Krieg am 26. Oktober

In Kassel traf sich der Bundesausschuss Friedensratschlag. Es gab erste Einschätzungen der Friedensbewegung zum Ausgang der Bundestagswahlen und die friedenspolitischen Aufgaben der kommenden Wochen und Monate. Festgehalten wurde: Die Bundestagswahlen hätten erneut gezeigt, dass es eine Antikriegs-Stimmung in der Bevölkerung gibt. Wenn man heute mit einer Aussage gegen den Krieg Wahlen gewinnen kann, dann sei das zunächst einmal positiv. Diese Stimmung gegen den Krieg sei nicht vom Himmel gefallen, sie sei auch Ergebnis der kontinuierlichen Arbeit der Friedensbewegung. Es gäbe keine Verpflichtung der BRD, dem US-Militär irgendwelche Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Man geht von der Rechtsauffassung aus, dass es sich um einen völkerrechtswidrigen Krieg handelt und dass die BRD durch das Grundgesetz verpflichtet ist, eine Unterstützung in jeder Form zu verweigern. Was plant die deutsche Friedensbewegung? Zunächst zeitgleich mit Großdemonstrationen in den USA und in Solidarität mit der US-amerikanischen Friedensbewegung am 26. Oktober in möglichst vielen Städten Aktionen und Demonstrationen. Der Friedensratschlag: „Wir finden es nicht sinnvoll, sich jetzt auf den Tag X, also den Tag des Angriffes auf den Irak, zu konzentrieren. Denn wir gehen immer noch davon aus, dass dieser Krieg verhindert werden kann. Zudem haben wir ins Auge gefasst, Ende Januar oder Anfang Februar eine oder zwei zentrale Großdemonstrationen durchzuführen.“

Stadtgeschichten

In dem langjährigen Vereinslokal der Mörfelder Turner und Handballer des Turnvereins 1880, der ehemaligen Gaststätte „Zum Schwanen“, wurde auch im Jahre 1929 die Mörfelder Kerb (Kirchweihe) traditionell gefeiert. Der obligatorische Frühschoppen am „Kerwemontag“ war anscheinend schon etwas abgeklungen, so daß auch die Wirtsleute Zeit hatten für ein Erinnerungsfoto mit ihren Gästen. Diese, mit allerhand Gerätschaften ausgestattet, waren trotz ihrer besten Sonntagsmontur zu allerhand Späßen aufgelegt. Aber Frohsinn und Geselligkeit war schon vor Jahrzehnten und ist auch heute noch an Kerb angesagt. Die gute Qualität des Bildes verdanken wir dem Haus- und Hoffotografen Anthes aus Mörfelden. Er war der Mann mit dem schwarzen Kasten, der auch die Schulanfänger knipste und für die Kinder Kasper-Theater spielte. Ihm ist es auch zu verdanken, daß wir den Anlaß und die Jahreszahl heute noch genau nachvollziehen können, denn er hat in das Glasnegativ damals wohlweislich „Kerb 1929“ eingeritzt. Die Namen der Abgelichteten, vom Besitzer des Bildes gut recherchiert, sind von links, untere Reihe: mit Giesskanne Johannes Gernandt (Henzehannes), auf dem Nachttopf Karl Meffert, mit Krug Philipp Jungmann (Hustel), auf dem Schubkarren Heinrich Dammel (Spenglerhanneseheinrich), mit Schirm Karl Siegel (Stecher Karl). 2. Reihe: Die Wirtin Margarete Breithaupt (Schwane-Gret), Helferin in der Küche Frau Bennedikter aus Groß-Gerau, Metzgermeister Georg Knodt (Haaseschorsch). Hintere Reihe: Unbekannt, die Töchter des Wirts Schwane-Greta und Schwane-Elli, der Wirt Georg Breithaupt (Schwane-Schorsch), Else Scherer, Heinrich Sippel, Karl Fritz (Inker).

Erich Schaffner spielt und singt:

Johann Wolfgang hat Geburtstag

eine verspätete Feier zum 250.
Am Klavier: Georg Klemp

Am 22. Nov. 2002, 20 Uhr in der Aula der Bgm.-Klingler-Schule
Vorverkauf: Tel. 23255

ES LÄDT EIN: DIE FREIRELIGIÖSE GEMEINDE MÖRFELDEN

Unser Lexikon

Schbrisch

Gude Appetit,
nix vedrebbelt
nix veschitt.

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.